

TORGE LÖDING

# LINKER KANDIDAT DARF AUF DEN SIEG HOFFEN

**GUTE CHANCEN FÜR REGIERENDE FMLN BEI PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL  
IN EL SALVADOR/RECHTE OPPOSITION ZERSTRITTEN**

Eines hat die mächtige Rechte in El Salvador in den vergangenen Jahren bewiesen: Opposition liegt ihr nicht. Mit den Wahlen vor fünf Jahren war eher überraschend die bleierne Vorherrschaft der finanzstarken und gut organisierten rechten Oligarchie im Land zu Ende gegangen, nach Jahrzehnten der Militärdiktatur und einem Friedensschluss der Bürgerkriegsparteien im Jahr 1992, der schließlich in einer Präsidentialdemokratie mündete. Seit 2009 steht Mauricio Funes, ein moderater Journalist, der früher einmal für CNN gearbeitet hat, an der Spitze der salvadorianischen Regierung, gestützt durch eine politische Partei, die unmittelbar aus der ehemals sozialistisch-marxistisch orientierten Befreiungsbewegung FMLN<sup>1</sup> hervorgegangen ist. Während die erste linksgerichtete Regierung in El Salvador eine ansehnliche Bilanz vorweisen kann und sich die FMLN Hoffnungen auf eine erneute Mehrheit für ihren Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen Anfang Februar machen kann, hat sich die Rechte in der Opposition so zerstritten, dass eine Rückkehr an die Macht eher unwahrscheinlich erscheint.

Als Zehntausende von Menschen in der Nacht vom 15. auf den 16. März 2009 ins Zentrum der Hauptstadt San Salvador strömten und ihren neuen Präsidenten feierten, skandierte die Menge: «Sí, se pudo!» Mit diesem Slogan, der soviel bedeutet wie «Ja, wir haben es wirklich geschafft!», brachten sie den wohl wichtigsten Erfolg des damaligen Wahlsiegers Mauricio Funes auf den Punkt: die scheinbar allmächtige Rechte in demokratischen Wahlen zu schlagen. Bei der Beurteilung seiner (fast) fünfjährigen Regierungszeit gehen die Meinungen allerdings auseinander. «Die Bilanz der Regierung Funes ist positiv», analysiert der marxistische Ökonom und Volkspädagoge César Villalona, der mit seiner Organisation «Equipo Maíz» viele Jahre lang für die politische Bildung bei der FMLN verantwortlich war. Ganz oben auf seiner Liste stehen offenkundige Fortschritte bei der Armutsbekämpfung. Im Jahr 2009 zählten 38 Prozent der salvadorianischen Haushalte als «arm», im Jahr 2013 waren es nur noch 29 Prozent. Die «extreme Armut» konnte von 15 auf 8 Prozent im bevölkerungsreichsten Land Zentralamerikas gesenkt werden.

Das Rezept für diesen Erfolg liegt in einer fokussierten Sozialpolitik, deren Instrumente staatliche Hilfen nach dem Vorbild von «Fome Zero» (Null Hunger) in Brasilien und Nicaragua sind, sowie gezielte Maßnahmen zur Stärkung der landeseigenen Produktion, insbesondere im Agrarbereich. Auch im Kampf gegen die Korruption konnten zumindest Teilerfolge erzielt werden. Das Projekt «Ciudad Mujer» sowie neue Gesetz zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit

und Bekämpfung sexistischer Gewalt markierten in El Salvador zudem den Beginn einer staatlichen Politik zur Stärkung von Frauenrechten. Als wirksam hat sich sicherlich auch die neue Gesetzgebung zur Preiskontrolle von Medikamenten erwiesen: Mussten die Menschen in El Salvador vor fünf Jahren noch die höchsten Preise für Medikamente in ganz Lateinamerika zahlen, entsprechen dieses heute dem Durchschnitt auf dem Kontinent. Dies hat wiederum die Kosten für den sogenannten Grundnahrungskorb im Land deutlich gesenkt. Nach Angaben der Regierung ist es darüber hinaus gelungen, die Analphabetenquote unter Erwachsenen auf dem Land von 23 auf 19 Prozent zu senken, im Landesdurchschnitt betrage sie jetzt nur noch 13 Prozent. Diese Angaben sind indes schwer zu überprüfen. Es gibt unter BildungsexpertInnen durchaus Kritik an der Anwendung des ursprünglich aus Kuba stammenden Alphabetisierungsprogramms «Yo sí puedo», da sich dieses inzwischen sehr stark von den in der nachrevolutionären Zeit in Kuba oder Nicaragua angewandten Methoden entfernt habe.

## **DIE FMLN ZWISCHEN SOZIALEM FORTSCHRITT UND DEM VORWURF DER «VERBÜRGERLICHUNG»**

Die zahlreichen Sozialreformen tragen ganz eindeutig die Handschrift des Sozialdemokraten Funes, der nicht vorhatte, sich mit den reichen Oligarchen seines Landes ernsthaft anzulegen. Aus Sicht vieler aus der FMLN, deren Politik immer

von sozialistischen und kommunistischen Ideen geprägt war, muss diese Politik als sehr halbherzig erscheinen. So bestätigt César Villalona: «An den kapitalistischen Produktionsverhältnissen hat diese Regierung nicht gerührt.» Also lediglich moderate Sozialpolitik anstatt radikalem Gesellschaftswandel hin zum Sozialismus? Das FMLN-Regierungslager verlaublich, mehr sei nicht drin gewesen, trotz weiterreichender Pläne. Denn schließlich sei die Machtbasis der Linken auch in El Salvador noch nicht stabil genug, um ohne die Unterstützung vom bürgerlichen Lager im Parlament regieren zu können. Tatsächlich ist die FMLN – obwohl sie seit 2009 die stärkste Fraktion stellt – bei ihren Gesetzesinitiativen immer auf Stimmen aus anderen Parteien angewiesen gewesen, unter anderem von der sozialdemokratisch orientierten Cambio Democrático/CD (Demokratischer Wandel) und der neoliberalen Gran Alianza por la Unidad Nacional/GANA (Große Allianz für die Nationale Einheit), einer Abspaltung von der vormaligen Regierungspartei, der Alianza Republicana Nacionalista/ARENA (Nationalistische Republikanische Allianz).

Nicht goutiert wird dieser Ansatz allerdings von den Kleinparteien der radikalen salvadorianischen Linken wie der Partido Socialista Centroamericana/PSOCA (Sozialistische Arbeiterpartei Zentralamerikas), die vor fünf Jahren noch zur Wahl der FMLN aufgerufen hatte. Heute wirft sie der FMLN «Verbürgerlichung» vor und ruft dazu auf, die Wahlen zu boykottieren oder ungültig zu wählen. Stattdessen fordert die radikale Linke die Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung, in der – wie zum Beispiel in Bolivien und Ecuador geschehen – Elemente einer progressiven staatlichen Politik festgeschrieben werden sollen.

In der aktuellen politischen Debatte werden diese Stimmen indes kaum wahrgenommen. Der Präsidentschaftskandidat, den die FMLN diesmal ins Rennen geschickt hat, ist der amtierende Vizepräsident und Mitbegründer der früheren Guerillabewegung: Salvador Sánchez Céren.<sup>2</sup> Der 69-Jährige erscheint auf den ersten Blick deutlich radikaler als der scheidende Präsident Funes, der weder FMLN-Kader noch Guerillero gewesen ist. An Cérens Seite kandidiert Óscar Ortiz – ebenfalls ehemaliger FMLN-Kämpfer – für den Posten des Vizepräsidenten. Ortiz gehört der moderaten Strömung innerhalb der Partei an und hat bei den Kommunalwahlen vor einem Jahr gegen den Trend sein Bürgermeisteramt in Santa Tecla zum dritten Mal mit 63 Prozent der Stimmen verteidigen können.

Dabei stehen in diesem Wahlkampf der FMLN nicht so sehr die Kandidaten im Vordergrund. So gilt Salvador Sánchez Céren eher als «netter und vertrauenswürdiger Mann des Volkes» und weniger als eine charismatische Führungspersönlichkeit mit überragenden rhetorischen Fähigkeiten. Vielmehr setzt man auf eine Vertiefung der begonnenen Reformen und eine Ausweitung der Sozialpolitik. Die Stärke der Kandidatur von Céren liegt in der allgemein guten Verankerung der FMLN – sowohl in den Städten als auch auf dem Land – und in den konkreten Erfolgen der aktuellen Regierung. Céren kann nicht zuletzt auch von den Schwächen seines Herausforderers von der rechten ARENA profitieren.

## **DIE SELBSTSCHWÄCHUNG DER ULTRARECHTEN**

Die ARENA hat ihre Wahlniederlage von 2009 bis heute immer noch nicht richtig verdaut. Gegründet wurde diese in ganz Zentralamerika einflussreiche und gut vernetzte Partei im Jahr 1980 von dem berüchtigten Chef der Todesschwa-

dronen, Roberto D'Aubuisson, einem der Verantwortlichen für die Ermordung des Befreiungstheologen und Bischofs von San Salvador, Óscar Romero, die der Auslöser für den blutigen zwölfjährigen Bürgerkrieg war. Die ultrarechte Partei regierte mehr als zwei Jahrzehnte lang das Land. In dieser Zeit wurde der bewaffnete Konflikt beendet (1992), drei Jahre später (1995) trat El Salvador der Welthandelsorganisation (WTO) bei, danach privatisierte die Regierung den Großteil der Staatsunternehmen, «dollarisierte» die nationale Ökonomie (2001), unterschrieb ein Freihandelsabkommen (CAFTA) mit den USA und anderen zentralamerikanischen und karibischen Ländern (2006) und verwandelte El Salvador von einer Agrar- in eine Dienstleistungsgesellschaft.

Die Selbstzerfleischung von ARENA begann unmittelbar nach Verkündigung ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2009, die der damalige FMLN-Kandidat Funes mit einer knappen Mehrheit von 51 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Zunächst machten die Ultrarechten den Ex-Präsidenten Tony Saca (2004–2009) für den Machtverlust verantwortlich und schlossen ihn aus der Partei aus. Dieser gründete 2010 daraufhin mit einer Gruppe von ARENA-Abgeordneten die GANA, die sich inzwischen zur drittstärksten politischen Kraft entwickeln konnte und zurzeit über 11 Sitze im Parlament verfügt. Wenig später brach ARENA auch mit einer Reihe von traditionellen Koalitionspartnern wie der konservativen Kleinpartei Partido de la Conciliación Nacional/PNC (Partei der nationalen Aussöhnung) und steht damit heute ohne Verbündete relativ isoliert dar. Zudem verlief der Wahlkampf ihres Präsidentschaftskandidaten Norman Quijano zumeist sehr glücklos: Seine antikommunistische Hetzkampagne gegen die FMLN verfängt nicht. Zudem wird gegen seinen Wahlkampfberater, den Ex-Präsidenten Francisco Flores (1999–2004), mittlerweile wegen Korruptionsvorwürfen ermittelt. Weiterhin machte sich Quijano, der Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador ist, mit dem Versprechen lächerlich, allen SchulanfängerInnen noch in den ersten 100 Tagen seiner Regierung kostenlos Schuluniformen bereitstellen zu wollen. Denn die ersten 100 Tage der neuen Regierung werden vermutlich am 9. November 2014 enden, während das neue Schuljahr in El Salvador erst im Januar 2015 beginnt.

## **DIE NEUFORMIERUNG DES KONSERVATIVEN LAGERS**

Auch Tony Saca, der das Land in den Jahren 2004 bis 2009 regierte, hat sich wieder ins Rennen um die Präsidentschaft begeben, dieses Mal für ein moderat-konservatives Bündnis, an dem sich unter anderem die GANA und die Partido de Conciliación Nacional/PCN (Nationale Koalition) beteiligen. Als dieses Bündnis im Sommer 2013 aus der Taufe gehoben wurde, schien es aussichtsreicher, als es sich nun wenige Tage vor den Wahlen darstellt. Damals gab es viele Gerüchte um eine gewisse Annäherung des amtierenden Präsidenten Mauricio Funes, der sich angeblich mit sozialliberalen Kräften, womöglich sogar einer Abspaltung der FMLN, an dem Saca-Bündnis beteiligen wollte. Diese Gerüchte konnten weder belegt noch widerlegt werden.

Das Land stand im Frühling und Sommer 2013 nicht zuletzt unter dem Eindruck der Parlaments- und Kommunalwahlen, die im März stattgefunden haben und bei denen die FMLN deutlich schwächer abgeschnitten hat als erwartet. Die ARENA gewann 28 der 84 Abgeordnetenmandate sowie 116 von 262 Bürgermeisterposten. Besonders schmerzhaft ist, dass

es dem FMLN-Kandidaten und gleichnamigen Sohn von Jorge Schafik Handal<sup>3</sup> nicht gelungen ist, Bürgermeister in der Hauptstadt zu werden, wo der Präsidentschaftskandidat von ARENA, Norman Quijano, mit einer deutlichen Mehrheit von 63 Prozent der Stimmen sein Amt verteidigen konnte. Sogar in traditionellen FMLN-Hochburgen wie Soyapango oder Apopa kam es zu Stimmenverlusten zugunsten von ARENA. Der Partei GANA gelang es unterdessen, sich als neue politische Kraft – sie stellt neben 11 Parlamentsabgeordneten nun auch noch 16 BürgermeisterInnen – zu etablieren. Insbesondere aus linksliberalen Kreisen um Mauricio Funes wurde daraufhin Kritik am «orthodoxen Kurs» der FMLN laut, der angeblich für die Wahlschlappe verantwortlich sei.

Eine Einschätzung der politischen Ziele von Tony Saca und seinem neuen Mitte-Rechts-Bündnis fällt schwer. In seinen Wahlkampfaußagen bleibt Saca schwammig. Auf seiner Kampagnenseite öffnet sich als erstes eine Art Werbefenster, wo ein kostenloser Englischkurs, inklusive eines Stipendiums von 100 US-Dollar im Monat, angepriesen wird. Dabei handelt es sich aber nicht um die Anzeige von irgendeiner Sprachschule oder Stiftung, sondern um eines seiner Wahlversprechen. In Umfragen stagnieren die Werte für Saca, er liegt mit 10 bis 15 Prozent der Stimmen auf dem dritten Platz. Zweitplatzierte ist Norman Quijano mit Ergebnissen zwischen 34 und 37 Prozent. In allen Meinungsumfragen führt der Kandidat der FMNL Salvador Sánchez Céren, wobei die Werte zwischen 38 und 48 Prozent variieren. Mittlerweile kann auch niemand mehr die Loyalität von Mauricio Funes in Bezug auf Céren infrage stellen, denn der scheidende Präsident hat sich wiederholt in der Öffentlichkeit eindeutig für seinen Vizepräsidenten ausgesprochen. Und der Vorwurf des «Chavismus» und der «Orthodoxie», der auch innerhalb der FMNL immer mal wieder gegen den eher radikalen Flügel erhoben wurde, kommt inzwischen – offen ausgesprochen – nur noch aus dem rechtskonservativen Lager.

### UNGELÖSTE PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

El Salvador steht trotz zahlreicher Fortschritte in Gesellschaft und Politik weiterhin vor einer Reihe gewaltiger Herausforderungen. So fordert der Kandidat der Rechten Quijano – ähnlich wie seine Vorgänger von der ARENA, die damit wenig erreicht haben – eine «totale Militarisierung der Sicherheitspolitik» und schwelgt in hinlänglich bekannten Law-and-Order-Phantasien, um die weiterhin weit verbreitete Bandenkriminalität im Land in den Griff zu kriegen. Céren setzt in seinem Wahlkampf dagegen auf eine sachliche Auseinandersetzung mit solch schwierigen Fragen und auf eher leise Töne. Das Gewaltproblem bestreitet er nicht, aber er verweist auf Polizeistatistiken, wonach die Anzahl der täglichen Morde in El Salvador zwischen 2009 und 2013 von zwölf auf sieben und die Zahl der Entführungen und Nötigungen um zehn Prozent gesunken ist. Auch dies – so die Interpretation der FMNL – sei ein Erfolg der Regierung von Funes, die zum Beispiel auf die Einführung eines polizeiinternen Kontrollsystems gegen Korruption und Amtsmissbrauch gedrängt hat, mit dem Ergebnis, dass eine Reihe von Beamten, die mit wohl mit der Organisierten Kriminalität unter einer Decke steckten, inzwischen entlassen wurden. Mit dem Waffenstillstandspakt zwischen den größten Jugendbanden, der ebenfalls zum Gewaltrückgang beigetragen hat, möchte die FMNL und die amtierende Regierung indes nicht in Verbindung gebracht werden. Diesen habe die katholische Kirche

verhandelt, heißt es. Das beste Mittel der Bekämpfung der Bandenkriminalität, so der FMNL-Kandidat Céren, sei eine weitere Reduzierung der Armut.

An das sensible Thema der Bürgerkriegsverbrechen hat sich Mauricio Funes in seiner Regierungszeit allerdings nicht richtig herangetraut. Mit einer wichtigen Geste entschuldigte er sich bei der indigenen Bevölkerung für den Genozid, der unter der Militärdiktatur begangen worden ist, berief dann aber nur wenige Tage später Vertreter des Militärs in seine Regierung, was zu ernsthaften Spannungen mit Teilen der FMLN führte. Das im Zuge der Friedensverhandlungen Anfang der 1990er Jahre von den Militärs durchgesetzte Amnestiegesetz, das diese vor Ermittlungen wegen Völkermordes schützt, ist nach wie vor in Kraft, auch wenn der Oberste Gerichtshof derzeit über seine Aufhebung berät.

Außenpolitisch hat sich in der Ausrichtung El Salvadors unter Mauricio Funes gar nichts geändert: So wurde an dem neoliberalen Freihandelsabkommen CAFTA nicht gerührt, und auch das ähnliche gestrickte Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union wurde von der Regierung kritiklos durchgewunken – und dies ohne Widerstand aus der FMLN. Als das Militär im Sommer 2009 im Nachbarland Honduras putschte, verhielt sich Funes abwartend. Eine Initiative für eine Liberalisierung der Drogenpolitik aus anderen lateinamerikanischen Ländern lehnte er ab. Auch für die Verbesserung der oftmals recht schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der vielen MigrantInnen aus El Salvador in den USA hat er sich nicht wirklich eingesetzt. Auch dass heute nur noch 240 Menschen pro Tag El Salvador auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen – und nicht mehr 500, wie vor noch fünf Jahren –, rechnet sich die Regierung als einen Erfolg ihrer Sozialreformen an. Sicherlich dürfte die Wirtschaftskrise in den USA auch ein wesentlicher Grund für diesen Rückgang sein.

«Die Regierung Mauricio Funes verfolgte das gleiche zerstörerische kapitalistische Entwicklungsmodell, das unsere Zukunft bedroht», lautet die nüchterne Einschätzung des Ökonom Edgardo Mira, der für das Forschungszentrum Investitionen und Handel (CEICOM) tätig ist. Die Regierung habe beim Thema Extraktion von Edelmetallen zwar nicht im gleichen Maße wie ihre Vorgängerin einer unternehmerfreundlichen Politik betrieben, lehne aber den Entwurf zur Verfassungsänderung ab, den CEICOM mit anderen Organisationen, die den landesweiten Widerstand gegen Minen koordinieren, vorgeschlagen hat. «Hier herrscht absoluter Stillstand», so Mira, der findet, dass die Umweltpolitik die «größte unbeglichene Schuld» von Funes ist. Auch im aktuellen Wahlkampf spiele es keine Rolle beziehungsweise werde verdrängt durch die Forderung nach mehr Wirtschaftswachstum und besseren Investitionsbedingungen für das internationale Kapital. Am Ende des Jahres 2013 wurde im Parlament mit den Stimmen der FMLN ein neues Gesetz zur Förderung von Public-Private-Partnerships verabschiedet, das die weitergehende Privatisierung öffentlicher Güter ermöglicht. Und auch wenn aus Unternehmerkreisen zu hören ist, dass dies noch nicht weit genug gehe, hat die Regierung inzwischen auch noch ein «Assoziierungs- und Wachstumsabkommen» mit den USA unterschrieben, das darauf abzielt, die Sicherheit und Produktivität von Auslandsinvestitionen zu stärken. Auch hier also keinerlei Spur einer Suche nach einer Alternative zum kapitalistischen System.

Die Umweltbewegung war in den vergangenen fünf Jahren die einzige wirklich sichtbare und kontinuierlich aktive

soziale Bewegung im Land. Mit ihren vielfältigen Aktionen auf dem Land und in den Städten hat sie für Schlagzeilen gesorgt, insbesondere mit ihrer Kampagne für einen Stopp des umweltschädigenden Edelmetallabbaus im Tagebau. Damit konnte die Regierung soweit unter Druck gesetzt werden, dass es wenigstens keinerlei Verschlechterungen gegenüber dem Status quo gegeben hat. Trotz Einschüchterungsversuchen durch Bergbaugesellschaften aus Kanada und Australien, die aufgrund des Rückzugs von bereits erteilten Lizenzen den salvadorianischen Staat mit Millionen-Dollar-Klagen überziehen, kam es diesbezüglich zu keinen weiteren Zugeständnisse an die internationalen Multis. Im Wahlkampf hat sich die salvadorianische Umweltbewegung übrigens zurückgehalten und keinerlei Wahlempfehlung ausgesprochen.

### **WAS WÄRE VON EINEM ERNEUTEN WAHLSIEG DER FMLN ZU ERWARTEN?**

In den vergangenen fünf Jahren sind wichtige Bastionen der Oligarchie und ihrer ultrarechten Verbündeten gefallen. Nach dem Präsidentenamt gingen ihnen auch weitere zentrale öffentliche Posten wie zum Beispiel der des Obersten Staatsanwalts verloren. Ihr gegenwärtiger Präsidentschaftskandidat ist eher unbeliebt und scheint keine Aussichten auf einen Wahlsieg zu haben. Entschieden ist freilich noch nichts – und angesichts des salvadorianischen Wahlsystems ist Misstrauen gerechtfertigt: Traditionell wählen die Toten mit. Stimmenkauf unter der ländlichen und armen Bevölkerung ist genauso üblich wie der Versuch von ArbeitgeberInnen und GroßgrundbesitzerInnen, WählerInnen zu bedrohen und einzuschüchtern. Außerdem gibt es Berichte darüber, dass Lastkraftwagen bereits Grenzübergänge nach Guatemala und Honduras blockieren, um so die Lebensmittelversorgung in El Salvador zu beeinträchtigen und Chaos zu schaffen. Zu den rechten Regierungen in beiden Nachbarländern unterhält die ARENA beste Beziehungen.

Ob durch politische Überzeugungsarbeit, Erpressung, Stimmenkauf oder mithilfe von Destabilisierungsversuchen: Die Entscheidung darüber, ob El Salvador auch in den nächsten Jahren von der FMLN regiert werden wird, fällt sicherlich nicht am 2. Februar. Angesichts der letzten Umfrageergebnisse ist nicht davon auszugehen, dass einer der Kandidaten bereits im ersten Wahlgang die 50-Prozent-Hürde überspringen und so über seine Gegner triumphieren wird. Wahrscheinlich wird es im März einer Stichwahl zwischen den zwei Kandidaten mit den meisten Stimmen geben. Sollte Saca, wie zu erwarten ist, auf dem dritten Platz landen, wird es noch einmal spannend. Denn dann müssten sich seine AnhängerInnen entscheiden, ob sie zur Wahl des Kandidaten von ihrem verhassten ehemaligen Verbündeten ARENA aufrufen, zur Wahlenthaltung oder – wie sogar aus FMLN-Kreisen erwartet wird – zugunsten von Cerén.

Was würde es für El Salvador bedeuten, wenn letzterer im Juni 2014 tatsächlich als neuer Präsident des Landes vereidigt werden sollte? Im Regierungsprogramm,<sup>4</sup> das die FMLN zur öffentlichen Abstimmung gestellt hatte, verspricht Cerén unter anderem die Förderung von kleinen und mittelgroßen nationalen beziehungsweise lokalen Unternehmen, damit diese mit den transnationalen Konzernen besser konkurrieren können. Es wird zwar eine «solidarische Ökonomie» gefordert, in der Mitbestimmung und Kooperativen von ArbeiterInnen eine wichtigere Rolle spielen sollen, aber am Ende steht doch ganz oben auf der Agenda: «Wachstum durch die

Reaktivierung der nationalen Ökonomie» und die Stärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit im kapitalistischen Wettbewerb. Ob das zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit reicht, ist fraglich. Auf der anderen Seite würde ein Wahlsieg der Rechten vermutlich das Ende der meisten Sozialprogramme bedeuten und damit wieder zu verstärkter Armut führen.

Änderungen könnte es indes in der Außenpolitik geben: So fordert der FMLN-Präsidentschaftskandidat Céren nicht nur den Beitritt des Landes zu PETROCARIBE, einem 2005 geschlossenen Abkommen über Erdöllieferungen zum Vorzugspreis von Venezuela an einige lateinamerikanische und karibische Staaten, sondern auch zu der ebenfalls von Hugo Chávez initiierten Staatengemeinschaft ALBA (Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas). Das wäre nur konsequent, denn in den vergangenen fünf Jahren hat es eine faktische Annäherung des Landes an ALBA gegeben, und der größte Teil der Ressourcen, mit denen Funes die Sozialprogramme finanziert hat, sind Petro-Bolivars aus Venezuela. Man mag sich darüber streiten, ob dieser «Wandel» den Ansprüchen von demokratischen SozialistInnen und anderen Linken genügen kann. In der Nationalversammlung, über deren Zusammensetzung vor einem Jahr abgestimmt worden ist, wird sich der nächste Präsident El Salvadors jedenfalls nicht auf eine eigene politische Mehrheit stützen können: Von der ist die FMLN mit 31 der insgesamt 84 Abgeordneten der Nationalversammlung fast genauso weit entfernt wie die rechte ARENA mit 28 Mandaten. Damit ist jedes Reform- und Gesetzesvorhaben auf eine parteienübergreifende Zustimmung angewiesen, was die Erwartungen hinsichtlich weiterreichender Schritte in Richtung einer radikalen Transformation der Gesellschaft deutlich dämpfen sollte.

Torge Löding ist Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Mittelamerika und die Karibik in Mexiko-Stadt.

---

Unter folgendem Link kann kostenlos unser Lateinamerika-Newsletter abonniert werden: <http://is.gd/m6YL6N>.

---

1 Die FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) wurde 1980 gegründet und ist nach dem kommunistischen Widerstandskämpfer Farabundo Martí, der bei einem Volksaufstand im Jahr 1932 erschossen wurde, benannt. 2 Céren vertrat damals die stärkste Strömung, die Fuerzas Populares de Liberación Farabundo Martí/FPL (Volkskräfte der Befreiung Farabundo Martí). Beteiligt an der Guerillabewegung FMNL waren noch die Partido Comunista de El Salvador/PCS (Kommunistische Partei von El Salvador) und drei weitere Organisationen. 3 Sein Vater Schafik Jorge Handal, der 2006 verstorben ist, war Mitbegründer der FMNL und später Fraktionsführer und Präsidentschaftskandidat der Partei. 4 Vgl. <http://issuu.com/salvadorpresidente/docs/elsalvadoradelante/21?e=6226994/55558800>.

---

### **IMPRESSUM**

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: Januar 2014  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling